

LiLO

Linke Liste Mönchengladbach

Zeitung für Odenkirchen Ausgabe 08.2008

Schließung der Postfiliale in Odenkirchen?

Die Deutsche Post hat ihr Filialnetz verkauft

Nach den uns vorliegenden Informationen soll auch die Post in Odenkirchen voraussichtlich in 2009 geschlossen werden. Die Postdienstleistungen sollen dann über andere Geschäfte laufen.



Wie das dann aussieht, kann jetzt schon in Wickrath beobachtet werden. In der einen Schlange die Menschen, die ihre Postgeschäfte regeln wollen. In der anderen Schlange diejenigen, die Schreibwaren kaufen.

Am Beispiel der Deutschen Post zeigt sich, wohin Privatisierung führt.

Die Aktienbesitzer der Deutschen Post haben nicht mehr die Grundversorgung der Bevölkerung mit den entsprechenden Dienstleistungen Postamt, erreichbare Briefkästen usw. im Kopf.

Feste Stellen werden abgebaut, geringfügig Beschäftigte werden eingestellt.

Die Folge: weniger Kaufkraft und geringere Einzahlungen in die Sozialversicherungen - und, bei geringfügig Beschäftigten möglicherweise auch noch ergänzende Leistungen von der ARGE.

www.lilo-mg.de

Ihnen geht es um profitable Bereiche, wie die Ausweitung der Post zu einem Logistikunternehmen. Damit die Aktien auch entsprechende Dividenden abwerfen. Dabei stören auch die hohen Lohnkosten.

Mit dem Verkauf der Filialen und der Vergabe der Aufträge an andere werden Stellen abgebaut bzw. die bisherigen MitarbeiterInnen in andere Bereiche versetzt.

Privatisierung bedeutet Gewinne für Wenige und Verluste für die Allgemeinheit.

Das zeigt sich auch am anstehenden Börsengang der deutschen Bundesbahn, der nichts anderes ist als eine Privatisierung. Die Aktionäre machen Gewinne an einer Einrichtung, die mit Steuergeldern aufgebaut wurde und der Bevölkerung gehörte. Der Preis für den Verkauf von Volkseigentum sind weitere Strecken- und Bahnhofstilllegungen sowie Preiserhöhungen.

Tritt die LiLO zur Wahl an?

Im Juni 2009 sind Kommunalwahlen und viele Menschen in Odenkirchen fragen uns: Tritt die LiLO zur Wahl wieder an

Der Hintergrund für diese Frage liegt darin, dass sich im letzten Jahr der Kreisverband der Partei DIE LINKE. gegründet hat, in dem wir beiden auch Mitglied sind. Damit hat sich auch für uns persönlich innerhalb der LiLO eine neue Situation ergeben. Die Gründung der LiLO 1992 aus der DKP heraus erfolgte unter anderem, weil wir auch über den Kreis der DKP hin-



aus linke Kräfte für eine aktive Politik gewinnen wollten. Die damalige PDS, für die wir uns bei Bundes-, Landtags- und Europawahlen engagiert haben, konnte sich in Mönchengladbach nicht etablieren.

Die LiLO war nach dem gescheiterten Kooperationsmodell mit Bündnis 90/ Die Grünen erstmalig 2004 in der Lage, nicht nur in Odenkirchen, sondern in der Gesamtstadt zu kandidieren. Sie wurde in Odenkirchen mit 17,1 % und in der Geamtstadt mit 2,98 % gewählt. Seitdem ist die LiLO nicht nur mit zwei Mitgliedern in der Odenkirchener Bezirksvertretung sondern auch im Rat der Stadt mit zwei Ratsmitgliedern vertreten.

Viele Bereiche unserer Politik, für die wir uns in Odenkirchen engagiert haben, sehen wir bei der Partei DIE LINKE. gut aufgehoben: Das soziale Engagement, der Einsatz für Kinder und Jugendliche, die Vorrangpolitik für den öffentlichen Nahverkehr anstelle von immer neuen, teuren Straßen, die Beachtung des Nachhaltigkeitsprinzips in allen Bereichen der Politik und natürlich auch unsere Informationspolitik über eine eigene Zeitung.

So, wie wir Anfang der 90er Jahre nach Möglichkeiten gesucht haben, weitere linke Kräfte zu finden und Aktivitäten und Engagement zu bündeln, sehen wir durch die neue Partei DIE LINKE. nun eine weitere Möglichkeit, den von uns seit Jahren entwickelten Politikansatz und den Einsatz für die Menschen in Mönchengladbach zu verstärken.

Deshalb macht es für uns keinen Sinn, bei der nächsten Wahl in Mönchengladbach mit zwei linken Gruppierungen getrennt, also quasi gegeneinander, zu kandidieren. Im Interesse einer

alternativen Politik für Mönchengladbach möchten wir helfen, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und sehen zur Zeit dafür innerhalb der Partei DIE LINKE. die beste Möglichkeit.



Wir wissen allerdings aus Diskussionen in den letzten Wochen und Monaten auch, dass dieser Schritt von einigen nicht geteilt wird oder zumindest kritisch betrachtet wird. Andererseits erleben wir, dass seit dem letzten Jahr eine Reihe von Menschen in Odenkirchen Mitglied der Partei DIE LINKE. geworden sind, die wir als LiLO nicht erreicht haben und somit linke Politik in Odenkirchen eine Stärkung erfährt.

Für uns ist klar: Wir werden uns weiterhin wie bisher engagieren, ob als LiLO-Mitglieder oder als Mitglieder der Partei DIE LINKE. und werden uns deshalb als Kandidaten zur Kommunalwahl zur Verfügung stellen.

Wir würden uns natürlich sehr freuen, wenn Sie uns weiterhin Ihr Vertrauen schenken und mit uns gemeinsam für ein soziales, ökologisches und lebenswertes Mönchengladbach eintreten würden.

Ob die LiLO als Gruppe für Odenkirchen weiter bestehen wird, werden die Mitglieder der LiLO auf ihrer Jahreshauptversammlung entscheiden.

Helmut Schaper und Rolf Flören

Neben einer Arbeitsgelegenheit muss einem Hartz IV Empfänger genügend Zeit zur Arbeitssuche bleiben.

Eine Arbeitszeit von 30 Stunden wöchentlich zuzüglich Wegezeiten ist im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit nicht mehr zumutbar. Ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger muss ausreichend Zeit haben, sich um offene Stellen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bemühen.



Impressum

V.i.S.d.P:
Helmut Schaper

Burgstraße 4
D - 41199 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 66 / 979 22 49
Fax: 0 21 66 / 979 22 48

E-Mail: info-lilo@solargeneration.de

Das Landessozialgericht hatte über den Fall eines Arbeitssuchenden zu entscheiden, der seit Januar 2005 Arbeitslosengeld II bezog.

Nach einem ärztlichen Gutachten war er in der Lage, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vollschichtig körperlich leichte und gelegentlich mittelschwere Arbeiten zu verrichten.

Im März 2007 bot die ARGE dem Kläger den Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung an.

Dabei handelte es sich um eine Arbeitsgelegenheit von 30 Stunden wöchentlich für drei Monate bei einer Mehraufwandsentschädigung von 1,25 Euro je Arbeitsstunde.

Der Kläger lehnte den Abschluss der Vereinbarung ab, weil die aus der Arbeitsgelegenheit entstehenden Kosten die Mehraufwandsentschädigung übersteigen würden. Daraufhin senkte die ARGE die Regelleistung des Arbeitslosengeldes II von 345 Euro um 30 Prozent. Die hiergegen vor dem Sozialgericht Koblenz erhobene Klage hatte keinen Erfolg. Das Landessozialgericht hob die Entscheidung des Sozialgerichts und die angefochtenen Bescheide auf. Eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden ist jedenfalls bei einer Wegezeit von 45 Minuten pro Strecke von der Wohnung zum Einsatzort nicht zulässig.

Zwar muss ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit übernehmen,

er muss aber andererseits auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, um seine Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern.

Die Arbeitssuche erfordert ausreichend Zeit, sich um offene Stellen durch das Lesen von Arbeitsangeboten, das Schreiben von Bewerbungen, Vorsprachen bei möglichen Arbeitgebern und das Aufsuchen der Agentur für Arbeit zu bemühen. Daran fehlt es bei einer Arbeitszeit von 30 Stunden zuzüglich Wegezeit

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz
(Urteil vom 18.03.2008 - L 3 AS 127/07).

Blickwinkel

„Wenn die Energiekosten so hoch sind wie die Mieten, werden sich die Menschen überlegen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können.“

Thilo Sarrazin (SPD), Finanzsenator in Berlin

„Gegen soviel soziale Kälte helfen auch Pullover nicht.“

Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Gewinnexplosion

Der Ölkonzern Exxon erhöhte seinen Quartalsgewinn im zweiten Quartal um 14% auf 11,68 Milliarden Dollar.

Shell konnte leider nicht so viel Gewinn in drei Monaten machen. Nur eine Erhöhung von 5% auf 7,9 Milliarden Dollar Quartalsgewinn.

Verkehrsregelung
Mülgaustraße

Zu einer öffentlichen Sprechstunde zur Verkehrssituation in Odenkirchen hatte die Gruppe der LiLO im Rat der Stadt Mönchengladbach den städtischen Verkehrsplaner Martin Scheel eingeladen.

Hauptpunkt der Diskussion war die neue Verkehrsregelung für die Mülgaustraße. Ratsherr Helmut Schaper machte noch einmal die Position der LiLO dazu deutlich.

Perspektivisch strebt die LiLO für Mönchengladbach eine Reduzierung des Individualverkehrs zu Gunsten des ÖPNV an.

Aktuell bezogen auf die Mülgaustraße bedeutet dies eine Reduzierung des Autoverkehrs auf dieser Straße. Die Lärmkennziffer und die Luftschadstoffe in diesem Bereich sind besonders hoch. Die straßenräumliche Verträglichkeit für Fußgänger und Radfahrer in diesem Bereich muss sich verbessern. Der Bus muss die Möglichkeit haben, genau so schnell von der Burgfreiheit zum Bahnhof Rheydt zu kommen, weil sonst das Umsteigen vom Auto auf den Bus nicht attraktiv ist.

Herr Scheel legte anhand von Zählungen für die Bereiche Mülgaustraße und Duvenstraße dar, dass die Ziele des Beschlusses der Bezirksvertretung Odenkirchen vom 27.11.07 im wesentlichen erreicht wurden.

Die Mülgaustraße wurde von 17.000 Verkehrsbewegungen pro Tag auf 10.000 entlastet. Die Duvenstraße wurde für den Durchgangsverkehr angenommen. Hier erhöhten sich die Verkehrsbewegungen von 10.000 auf 16.000 pro Tag.

Der Verkehr auf den von der neuen Regelung ebenfalls betroffenen Straßen Zur Burgmühle, Einruhr- und Kochschulstraße erhöhte sich nicht so gravierend, wie vorher angenommen. Der Bus kann aufgrund der eigenen Spur zügig über die Mülforter Spange fahren und somit die Fahrtzeit von Odenkirchen nach Rheydt verkürzen.

Durch die neue Radwegführung entlang der Mülgaustraße hat sich die Situation für die Radfahrer verbessert. In der Diskussion wurde auch auf die Beschwerden bezüglich der neuen Verkehrsregelung eingegangen und Lösungsmöglichkeiten entwickelt.

Zu einer Verbesserung der Situation auf der Einruhrstraße könnten die folgenden Maßnahmen beitragen:

Querungshilfe zwischen Kleingarten und Beller Mühle Park (schon bewilligt), Tempo 30 Zone, Zurückdrängung des LKW-Verkehrs durch die Möglichkeit des versetzten Parkens und einem Schild „LKW nur für Anlieger frei“.

Des Weiteren gab es Anregungen, die Grünphase auf der Schlachthofstraße zu verlängern, damit die Durchfahrt auf die Duvenstraße gefördert wird. Ebenso könnte die Linksabbiegerspur für Autos aus Giesenkirchen nach Odenkirchen geschlossen und der Verkehr ebenfalls auf die Duvenstraße geleitet werden. Für die Schleestraße könnte sich auch eine Verbesserung ergeben:

Nachdem in dem Entwurf für den neuen Generalverkehrsplan, der demnächst vom Rat verabschiedet wird, die Schleestraße nicht mehr als Vorbehaltsstraße ausgewiesen ist, besteht die Möglichkeit, in der Bezirksvertretung den Antrag auf Tempo 30 Zone für die gesamte Schleestraße zu stellen.

Mönchengladbach braucht eine weitere Gesamtschule

Jahr für Jahr müssen über 500 Schülerinnen und Schüler an den

Gesamtschulen abgewiesen werden. Der Grund: Die Ratsmehrheit aus CDU und FDP verweigert die Einrichtung weiterer Gesamtschulen.

Undenkbar wäre es doch, dass jedes Jahr 500 Kinder an Mönchengladbacher Gymnasien abgewiesen würden. Aber Gesamtschüler sind nicht das Klientel, aus denen CDU und FDP schöpfen. Der Elternwille spielt für sie in Bezug auf Gesamtschule keine Rolle.

Und so werden Realschulen und Hauptschulen unter anderem aus abgewiesenen Gesamtschülern gespeist.

- Die Mönchengladbacher CDU und FDP sollte sich an ihren Wuppertaler Parteifreunden ein Beispiel nehmen: Dort wurde von ihnen kürzlich noch eine weitere Gesamtschule bewilligt.
- DIE LINKE. MG fordert für Mönchengladbach die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule.

Kopplung muss weg!

Mit einer Preissenkung von 0,65 Cent pro Kilowattstunde und einer Prämie von 20 Euro hat die NVV 2007 die Kunden gelockt, die Umstellung der alten Gasverträge auf NEWgas und damit die Kopplung des Gaspreises an die Ölpreisentwicklung zu akzeptieren.

Die LiLO hat schon im April 2007 vor dieser Kopplung gewarnt. Zum einen, weil es keinen Grund für eine Kopplung gibt. Öl und Gas werden in jeweils anderen Regionen unter unterschiedlichen Bedingungen und Kosten gefördert.

Zum anderen, weil mit dieser Kopplung aufgrund des steigenden Ölpreises ein von Quartal zu Quartal steigender Gaspreis zu erwarten ist.

Diese Situation ist nun eingetreten. Mit der zu erwartenden Gaspreiserhöhung zum 1.10.2008, der vierten in diesem Jahr, wird die Kostensteigerung seit dem 1.1.2008 ca. 45% betragen. Der Preisanstieg beim Öl wird aufgrund der Spekulationsgewinne auch in der nächsten Zeit anhalten. Aufgrund der Kopplung beim NVV Vertrag haben nun die Haushalte in Mönchengladbach diese Spekulationsgewinne zu bezahlen. RWE gewinnt dabei doppelt: Aufgrund seiner Beteiligung bei Gaslieferanten und aufgrund seiner 50%igen Beteiligung bei der NVV.

Neben den privaten Haushalten wird auch der Haushalt der Stadt belastet. Die Heizkosten bei LeistungsempfängerInnen nach dem SGB II und SGB XII muss die Stadt Mönchengladbach bezahlen. Die LiLO fordert die in den Gremien der NVV gewählten Ratsmitglieder, vor allen Dingen von CDU und FDP auf, dafür einzutreten, dass diese Kopplung an die Ölpreisentwicklung bei den NVV Verträgen aufgegeben wird.

Es ist eine Form von Pharisäertum, wenn Politiker der Parteien von CDU und FDP im Rat über Kostensteigerungen bei den Sozialleistungen klagen, die sie in der Praxis mit verursachen. Im Sozialausschuss hat Sozialdezernent, Dr. Michael Schmitz, den vom LiLO-Vertreter, Rolf Flören, gemachten Vorschlag nach einem Großabnehmerarif zwischen Stadt und NVV als „praktisch nicht umsetzbar“ zurückgewiesen.

Die LiLO erneuert noch einmal ihre bisher abgelehnte Forderung an die Stadt, mit der NVV über einen Großabnehmervertrag für Haushalte mit LeistungsempfängerInnen nach dem SGB II und SGBXII zu verhandeln, um über diesen Weg einen Sozialtarif für diesen Personenkreis bei Strom und Gas durchzusetzen.

Ein Tip zum Schluß: Bei Neuvermietung einer Wohnung sind Vermieter neuerdings verpflichtet, auf Verlangen der Mieter einen Energieausweis vorzuweisen. Hier kann der Mieter prüfen, welche Verbrauchswerte auf ihn zukommen und dieses bei der Entscheidung für oder gegen die Anmietung einer Wohnung berücksichtigen. Bei den enorm gestiegenen Gaspreisen ist dies ein wichtiger Gesichtspunkt.
